

ANZEIGE



KOCHTIPP

Wir empfehlen:

Knusprige Entenschenkel mit Apfel-Zwetschgen-Chutney

Unser Restaurant empfängt Sie mit einem modernen, sympathischen Ambiente, in welchem Sie ganz entspannt eine schöne Zeit verbringen können. Geniessen Sie ein Glas Wein oder Köstlichkeiten aus unserer Speisekarte. Täglich wechselnde Mittagsmenus von Dienstag bis Freitag.

Ab sofort kreative Wintergerichte und fernöstliche Rundreise.

Das Erlen-Team freut sich auf Ihren Besuch.



Zutaten für 4 Personen

- 4 Entenschenkel à 250 g
- 70 g grobes (Meer-) Salz
- 2 Knoblauchzehen
- 0,5 TL schwarze Pfefferkörner
- 5 Zweige Thymian
- 1 kg Entenschmalz
- 1 Lorbeerblatt

Zubereitung

Die Schenkel kalt abspülen und gründlich trocken tupfen. Thymian waschen und trocknen. Von einem Zweig die Blättchen abzupfen, hacken und mit dem Salz mischen, restliche Zweige beiseite legen. Die Schenkel gründlich mit dem Würzsalz einreiben, auf eine Platte legen und zugedeckt im Kühlschrank 24 Stunden ziehen lassen. Den Backofen auf 110 Grad vorheizen. Schmalz in einem ofenfesten Topf bei mittlerer Hitze schmelzen lassen. Knoblauch schälen, halbieren und mit den übrigen Thymianzweigen, dem Lorbeerblatt und dem Pfeffer in den Topf geben. Die Schenkel kalt abspülen, gut trocken tupfen und ins heisse Fett legen. Zugedeckt im Ofen (unten, Umluft 100 Grad) 3 bis 3,5 Stunden garen. Das Fleisch ist gar, wenn es sich schon fast vom Knochen löst. Die Schenkel herausnehmen, das Fett von den Schenkeln abkratzen und etwas davon in einer Pfanne erhitzen. Darin das Fleisch bei mittlerer Hitze braten, bis die Haut knusprig wird.

Serviertipp

Zu diesem Gericht können Sie Apfel-Zwetschgen-Chutney, Süsskartoffelpüree und Gemüse servieren.

erlen

RESTAURANT

Feldweg 1a, 6438 Ibach
041 810 15 15
www.restaurant-erlen.ch
info@restaurant-erlen.ch

Öffnungszeiten:
Dienstag bis Samstag 8–23 Uhr
Sonntag 9–21 Uhr
Montag Ruhetag

Forum

Trendfarbe Grün

Grün zu wählen, ist aktuell im Trend. Vor allem in den Städten und den Agglomerationen liegt die Farbe voll im Trend. Damit verbunden, wird der Graben zwischen Stadt und Land immer grösser. Und das bevölkerungsschwächere Land wird je länger je stärker von den bevölkerungsstarken Städten überstimmt. Letztmals stark zu spüren bekamen wir das bei der Abstimmung über das neue Jagdgesetz. Hier hat der Hilfeschrei der Bergkantone nichts genützt. Die Stadtwähler wollten von den Problemen der Landbevölkerung nichts wissen. Die links-grünen Parteien haben zusammen mit den Millionenbeträgen von Pro Natura und WWF und weiteren Umweltverbänden mit grobem Geschütz gekämpft. Gegen die Anliegen der Bergbevölkerung.

Auch der Kanton Schwyz leidet. Wir bekommen die Auswüchse und Radikalität der grünen Politik und ihren Verbündeten im Kanton Schwyz auch an anderen Orten zu spüren. Denken wir an den Ausbau der Sicherheit an der H8. Das letzte Stück der Verbindung von Pfäffikon nach Schwyz. Hier blockieren die Umweltverbände seit Jahren ein Projekt zur Verbesserung der Sicherheit. Eine Strasse, die den Anforderungen ihrer Benutzer schon seit Jahren nicht mehr gerecht wird. Der Kanton möchte die Sicherheit verbessern. Die Strasse den

heutigen Anforderungen entsprechend realisieren und sicherer machen. Doch das Projekt macht einen Schritt vorwärts und dann wieder zwei zurück. Die Umweltverbände verhindern so seit Jahren eine zeitgemässe Strasse. Die ganzen Einsprachen und Blockaden haben den Steuerzahler Millionenbeträge gekostet. Und es wird munter weiter blockiert.

Die Wirtschaft leidet. Immer höhere Gebühren und Abgaben belasten die heimische Wirtschaft. Neustes Beispiel dieser links-grünen Politik ist das CO₂-Gesetz. Mit 12 Rappen höheren Steuern pro Liter Benzin werden vor allem die Landbevölkerung und das Gewerbe massiv bestraft. Der Handwerker darf als Dank für seine geleistete Arbeit dem Staat noch 12 Rappen mehr Steuern pro Liter Benzin abdrücken. Und dies, obwohl die Steuern und Abgaben bereits heute mehr als 70 Rappen pro Liter Benzin ausmachen. Dieses Geld nützt dem Unternehmer in der heutigen, schwierigen Zeit in der eigenen Tasche mehr als dem Vater Staat. Diese 12 Rappen mehr werden das Thema Abwanderung noch verstärken. Und zwar bei Gewerblern wie auch bei der restlichen Bevölkerung. Aber das interessiert die Trendwähler wohl nicht, wenn sie mit dem Zug an die nächste Vorlesung fahren.

Die Landwirtschaft leidet. Mit ihrem grossen Angriff auf die Landwirtschaft wollen links-grüne Kreise die heimische Lebensmittelproduktion zerstören. Lieber setzen diese Kreise auf Importe. So wurde zum Beispiel ohne Not 2011 ein Verbot der Verfütterung von Gastroabfällen an die Schweine eingeführt. Hier ist man blindlings der EU hinterhergesprungen. Denn diese hatte das Verbot eingeführt, weil es in Grossbritannien zu Fällen von Maul- und Klauenseuche gekommen ist. Man hatte in der EU den Verdacht, dies komme von der Verfütterung von Gastroabfällen an die Schweine. In der Schweiz gab es nie ein Problem diesbezüglich. Aber trotzdem hat die Schweiz das Verbot eingeführt. Dies führte dazu, dass im Ausland viel mehr Futter für die Schweiz angebaut werden musste. Wegen des europaweiten Verbots wurden in Südamerika 250 000 Hektaren Regenwald abgeholzt. Insgesamt benötigte Europa wegen dieses Verbots 1,8 Millionen Hektar mehr Land für Futter im Ausland. 70 Millionen Menschen könnten mit dieser Fläche ernährt werden. Aber die Schweiz und Europa können es sich nach wie vor leisten, bestens geeignete Futtermittel (Gastroabfälle) in die Biogasanlage zu kippen, statt diese den Schweinen zu verfüttern. Und mit den beiden Initiativen im Sommer soll der Raubzug im Ausland noch

weiter gehen. Denn alles, was nicht hier produziert wird, müssen wir importieren. Der beste Klimaschutz ist, wenn wir nicht alles auf der ganzen Welt herumkarren müssen, sondern möglichst kurze Transportwege haben. Und das gilt für die ganze Wirtschaft. So haben unsere Unternehmen auch etwas davon. Ganz im Zeichen von Hopp Schwyz.



Marcel Dettling

Der heutige Autor Marcel Dettling ist seit 2015 Nationalrat für die SVP. Er ist selbstständiger Landwirt und wohnt in Oberiberg.

Hinweis

Im «Bote»-Forum schreiben regelmässig prominente Schwyzerinnen und Schwyzer. Sie sind in der Themenwahl frei und schreiben autonom. Der Inhalt des «Bote»-Forums kann, muss sich aber nicht mit der Redaktionshaltung decken. (red)

Das Ständemehr als Zünglein an der Waage?

Die Nein-Tendenzen zahlreicher ländlicher Kantone – auch Schwyz – könnte die KVI zum Scheitern bringen.

Nach der neusten Umfrage scheint die kommende eidgenössische Volksabstimmung über die Konzernverantwortungsinitiative (KVI) auf Messers Schneide zu stehen. Einmal mehr hat sich auch bei dieser Initiative der langfristig zu beobachtende Trend durchgesetzt: Das Kernanliegen einer Volksinitiative genießt am Anfang breite Zustimmung, ehe dann nach Einsetzen der Gegenpropaganda die Unterstützung zu bröckeln beginnt, ja, nicht selten ins Gegenteil kehrt. So wurden von den insgesamt 217 seit Einführung im Jahr 1891 zur Abstimmung gebrachten eidgenössischen Volksinitiativen gerade einmal 22 oder rund 10 Prozent von Volk und Ständen gutgeheissen.

Dieses doppelte Mehr, welches in der Schweiz für alle Verfassungsänderungen notwendig ist, bekommt gerade dann Bedeutung, wenn die Zustimmung oder Ablehnung nicht im Voraus eindeutig ist. Denn wenn das Volksmehr nicht mit der Mehrheit der Stände einhergeht, ist die Vorlage gescheitert. Als Volksmehr gilt die Mehrheit der Stimmenden auf eidgenössischer Ebene. Als Ständemehr gilt die Mehrheit der zustimmenden Voll- und Halbkantone. Aktuell müssen also mindestens 12 Kantone (massgebend ist die kantonsinterner erzielte Mehrheit) zustimmen. Bei einem Pat von 11 ½ zu 11 ½ zustimmenden Ständen gilt die Vorlage als abgelehnt.

Das Auseinanderdriften von Volks- und Ständemehr ist zwar eher selten. Insgesamt neun Vorlagen scheiterten seit 1848 am Ständemehr, während bisher vier Vorlagen das Ständemehr erreichten, jedoch die Volksmehrheit verpassten. Bei der kommenden Volksabstimmung über die KVI könnte ein solcher Fall eintreten. Die Zustimmung



Auch wenn die Mehrheit der Bevölkerung einer Meinung ist: Verteilt sich das auf einzelne Kantone, kehrt dies das Ergebnis. Bild: Keystone

der Bevölkerung in der Romandie und in den städtischen Kantonen der Deutschschweiz könnte ein (knappes) Volksmehr ergeben. In den zahlreichen ländlichen Kantonen der Zentralschweiz und Ostschweiz dagegen tendiert die Bevölkerung eher zu einem Nein. Es würde also nicht erstaunen, wenn die KVI trotz Volksmehr am Ständemehr scheitert.

Schwyz kann kaum als Swing State bezeichnet werden

Ein Rückblick zeigt, dass im Falle von zwei in etwa gleich grossen Lagern selbst eine Vorlage am Ständemehr scheitern kann, die ein Volksmehr von deutlich über 50 Prozent erreicht. So passiert letztmals im Jahre 2013, wo der neu vorgeschlagene Familienartikel ein Volksmehr von nicht weniger als 54,3 Prozent Zustimmung erreichte. Weil aber nur zehn Stände zustimmten,

unterlag die Vorlage an der Mehrheit von 13 ablehnenden Ständen. Die Landkantone verfügen also – wenn man so will – über eine wirksame Sperrminorität. Als solche werden sie etwa in Anlehnung an das amerikanische Wahlsystem auch als Swing States bezeichnet, weil die Promotoren von Verfassungsvorlagen auf deren Zustimmung angewiesen sind.

Der Kanton Schwyz war in sämtlichen neun Abstimmungen, bei denen die Vorlage allein am Ständemehr scheiterte, bei den ablehnenden Ständen, zumal es sich dabei vorwiegend um Mitte-Links-Themen handelte. Meistens fiel die Ablehnung in Schwyz überaus deutlich aus. So etwa 2013 beim erwähnten Familienartikel gar mit 63,1 Prozent. Insoweit kann man beim Kanton Schwyz kaum von einem Swing State reden. Denn in jenen Mitte-Links-Fällen, wo das Volksmehr für

die Vorlage ausgeht, ist er kaum zu einer Zustimmung zu bewegen. Das dürfte gemäss den Vorhersagen wohl auch bei KVI der Fall sein.

Sollte jedoch die KVI am Ständemehr scheitern, wird die Diskussion um dessen Abschaffung erneut losgehen: Das Ständemehr hat seine historischen Wurzeln in der seinerzeitigen Tagsatzung, wo jeder Stand – ob gross oder klein – nur über eine Stimme verfügte. Heute ist das Ständemehr eine Reverenz an den schweizerischen Föderalismus und dürfte bei eidgenössischen Verfassungsabstimmungen weiterhin Bestand haben. Denn das Ständemehr kann nur durch die Zustimmung der Mehrheit der Stände abgeschafft werden, eine Ausgangslage, die den Fortbestand des Ständemehrs in der Schweiz eher verstetigt denn infrage stellt.

Toni Dettling